

■ **Seite 2: Die ökonomische Atombombe.** Eine kurze Chronik von Währungsunion und »Rückgabe vor Entschädigung«. Von Arnold Schölzel ■ **Seite 3: Umbenannt und abgeschaltet:** Die Abwicklung des DDR-Rundfunks. Von André Scheer ■ **Seite 4: Damals DDR, heute EU.** Die »Großzügigkeit« des deutschen Kapitals gegenüber anderen Ländern. Von Vladimiro Giacché ■ **Seite 6: Der »antitotalitäre Konsens«.** Quellen und Hintergründe der DDR-Delegitimierung. Von Ekkehard Sieker

**E**s habe 1989/1990 keine Konterrevolution in der DDR gegeben, empörte sich jüngst in der jW-Ladengalerie ein Veranstaltungsbesucher. Immerhin sei durch Massendemonstrationen die Regierung gestürzt worden. Ob die tatsächlich die Ursache für den Wechsel waren, sei dahingestellt. Die These ist 30 Jahre alt und wurde schon damals mit dem Hinweis bestritten: Die reale Alternative zur DDR war der Imperialismus nebenan. Solche Einwände wurden weggefegt.

Subjektive Sicht der Akteure auf Geschichte und deren objektiver Ablauf sind stets zwei verschiedene Dinge. Fest steht: Die fast geräuschlose Beseitigung des sozialistischen Eigentums in der DDR und damit der Gesellschaftsordnung durch Helmut Kohl und seine Helfer war durch die selbstverschuldete, dann zielstrebig von innen und außen herbeigeführte Erosion der politischen Macht in der DDR vorbereitet. Es war bis hin in die Führung der SED üblich geworden, so zu tun, als sei die Existenz der DDR nicht Ausdruck eines weltweiten Klassenkampfes, als sei sie keine Gegengesellschaft und kein Gegenstaat zur BRD. Zumal, was den meisten Zeitgenossen damals kaum auffiel, Michail Gorbatschow Klassenkampf für überholt hielt, um es zurückhaltend auszudrücken, und ausreichend Gefolgsleute in der DDR hatte.

Wer die DDR demokratisieren wollte, aber von den Produktionsverhältnissen, vom sozialistischen Eigentum schwiege, war mindestens naiv. Es war kein Zufall, dass unter den Organisatoren der Kundgebung am 4. November auf dem Berliner Alexanderplatz keine Industriearbeiter waren. Sie blieben auch später weitgehend passiv. Der politische und ideologische Boden war jedenfalls bereitet, als Helmut Kohl und das bundesdeutsche Großkapital nach dem 9. November 1989 blitzartig handelten. 13 Tage nach diesem Datum lag im Zentralbankrat der Bundesbank ein Papier mit Überlegungen für eine Währungsreform in der DDR vor. Das war möglich, weil die Annexionspläne seit Jahrzehnten bereit lagen. Wer das hatte wissen wollen, konnte es wissen. Die Entwicklung der »ökonomischen Atombombe« Währungsunion, wie es der britische *Guardian* 1991 formulierte, hatte begonnen. Gezündet wurde sie aus politischen Gründen.

Der Rest ist bekannt. Die materielle Basis der DDR-Gesellschaft wurde beseitigt. Der Vandalismus machte vor Literatur, Kunst, Theater, Film, Musik, Kulturhäusern und Bibliotheken nicht halt, begleitet von einem bis heute andauernden medialen Hassausbruch und personellen Säuberungen in Dimensionen, die es 1918, 1933 oder 1945 nicht gegeben hatte.

Der Auftrag lautete: Privatisieren im Sinne der lateinischen Vokabel – Rauben, egal, was das kostet. Dafür schuf Bonn mit Treuhand und »Rückgabe vor Entschädigung« bei Immobilien rechtsförmiges Unrecht, das nach den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 der DDR-Regierung diktiert wurde. Die Treuhand beseitigte etwa vier Millionen Arbeitsplätze in der DDR, während in der BRD zwei Millionen neue entstanden. Die »Rückgabe« von Häusern, Wohnungen, Wochenendgrundstücken usw.,



Helmut Kohl 1976 als größter Historiker der CDU beim praktischen Studium von Blitzkriegen. 1989 zählten sich seine Kenntnisse aus

## Rauben, egal, was das kostet

Gegen die Bezeichnung Konterrevolution für die Ereignisse im Herbst 1989 wehren sich noch heute nicht wenige. Das Wesen der Entwicklung zeichnete sich aber ab. **Von Arnold Schölzel**

die zu 97 Prozent von Erben in zweiter oder dritter Linie gefordert wurde, betraf geschätzt acht Millionen Menschen in der DDR, also fast die halbe Bevölkerung.

Diese Konterrevolution hat ihr Maß in der Zahl der geplünderten, zerlegten

und »abgewickelten« Betriebe. Sie hatte keinen Rechtsboden, tut aber bis heute so. Sie trug kolonialen Charakter und machte die »Eingeborenen« zu Menschen dritter oder vierter Klasse. Nirgendwo hat es ohne Krieg eine Vernichtung von Produktivvermögen, von Wissen und Fähigkeiten

in dieser Dimension gegeben. Und sie hat globale Folgen. »Diese Grenze musste aufgehoben werden, damit wir gemeinsam in den Krieg ziehen«, heißt es auf dem 50-Meter-Transparent der Initiative »Unentdecktes Land«. Das ist das Wesen der Sache.



# Ökonomische Atombombe

Eine kurze Chronik der Zerstörungen durch Währungsunion, Treuhand und den Kampf um ostdeutsche Immobilien. **Von Arnold Schölzel**

»Größtes Schlachthaus Europas«: Die scheidende Präsidentin der Treuhandanstalt Birgit Breuel entfernt am 30. Dezember 1994 das Firmenschild am Eingang des Anstaltsgebäudes

**K**ern der Konterrevolution war in allen sozialistischen Ländern die Privatisierung des Eigentums an den großen Produktionsmitteln. Dieser Prozess wurde seit Herbst 1989 von der Regierung Helmut Kohls (CDU) in Bonn planmäßig vorangetrieben und der DDR aufgezwungen. Das wichtigste Instrument war die Einführung der D-Mark in die DDR. Der britische *Guardian* bezeichnete die Währungsunion 1991 als »ökonomische Atombombe«.

In der DDR wurde noch ein zweites Instrument verwendet, um die Bevölkerung zu enteignen: die sogenannte Rückübertragung von Grundstücken und Gebäuden. Eine kurze Chronik:

**22. November 1989:** Dreizehn Tage nach der Grenzöffnung legt das Direktoriumsmitglied der Bundesbank, Claus Köhler, einen Plan für eine Währungsreform vor. Praktisch gleichzeitig skandiert die hessische CDU in Leipzig auf Montagsdemonstrationen »Wir sind ein Volk«.

**26. Januar 1990:** Der Referent im Bundesfinanzministerium Thilo Sarrazin (SPD) erhält von seinem Vorgesetzten, Staatssekretär Horst Köhler, den Auftrag, seine Überlegungen zusammenzufassen. Am 29. Januar übergibt Sarrazin Köhler ein Papier, das die »Blaupause einer deutschen Währungsunion mit allen wesentlichen technischen Einzelheiten« gewesen sei. (Interview mit Sarrazin in der *Berliner Zeitung*, 1. Juli 2015)

**6. Februar 1990:** In Bonn treffen sich die Vorsitzenden der Koalitionsparteien Kohl, Otto Graf Lambsdorff (FDP) und Waigel. Dieser schreibt 2019 in seinen Erinnerungen »Ehrlichkeit ist eine Währung« (Econ-Verlag): »Über das Ziel waren wir uns alle drei einig: Die Wirtschaftsform und die Währung der Bundesrepublik sollten in absehbarer Zeit auch in der DDR etabliert werden.«

Am 7. Februar gibt Kohl das bekannt. Die damalige Wirtschaftsministerin in der Regierung von Hans Modrow (PDS), Christa Luft (PDS), schreibt 2019: »Die Mehrheit der DDR-Bevölkerung war von der Aussicht begeistert.«

**9. Februar 1990:** Kanzlerberater Horst



Teltschik erklärt in einem Hintergrundgespräch mit Journalisten, es zeichne sich ab, dass die DDR »in wenigen Tagen zahlungsunfähig sein« werde. In der DDR-Bevölkerung breiten sich Angst und Unruhe aus, die Legende vom DDR-Bankrott ist geboren, der Zweck erfüllt.

Die Schriftstellerin Daniela Dahn zitiert in ihrem Buch »Wir bleiben hier oder wem gehört der Osten« (Rowohlt Verlag) 1994 aus einem Vortrag Norman van Scherpenbergs, Generalbevollmächtigter der THA, vom 17. Juni 1993 an der Berliner Humboldt-Universität: »Ich wehre mich sehr gegen die Behauptung, dass die jetzigen ökonomischen Probleme in Ostdeutschland aus der Misswirtschaft der DDR resultieren. Die DDR war unter den zehn bedeutendsten Industrienationen – ob sie nun den 8. oder 12. Platz einnahm, ist vollkommen egal –, sie war ein hochindustrialisiertes Land. Gemessen an den Beschäftigten in der Industrie höher industrialisiert als jedes westliche Land. (...) Die Währungsunion war eine Frage Ökonomie kontra Politik. Sie ist von der Macht entschieden worden, nicht von der Sache. In der Nacht zum 1. Juli 1990 ist der gesamte Kapitalstock der DDR total vernichtet worden. Durch die 300prozentige Aufwertung wurde die Industrie ihrer Liquidität beraubt. Wenn ich heute in Niedersachsen den Reallohn verdreifache, kriegen Sie die Aktien von VW an der Börse geschenkt. Genau dies ist die Situation im Osten.«

**1. März 1990:** Die Modrow-Regierung beschließt die Gründung einer Treuhandanstalt (THA) zur »Bewahrung des Volkseigentums im Interesse der Allgemeinheit«. Am 15. März folgt eine Verordnung zur Entflechtung der Kombinate und Volkseigenen Betriebe (VEB) in Aktiengesellschaften oder GmbHs.

**30. März 1990:** Die Empfehlung des Zentralbankrats wird bekannt, die D-Mark bei der Währungsunion zu einem Kurs von 1:2 gegen DDR-Mark zu tauschen.

**5. April 1990:** Die DDR-Gewerkschaften rufen zu Massenkundgebungen auf, die sich »gegen die Empfehlung der Bundesbank und führender BRD-Politiker« richten, »die DDR-Mark im Verhältnis zwei zu eins umzutauschen«. Das »sei nicht nur Wahlbetrug, sondern ein unzumutbares Spiel mit den Erwartungen und Ängsten vieler Menschen«. In Berlin demonstrieren 100.000 Menschen, in Dresden 70.000, in Leipzig 50.000 und weitere Zehntausende in weiteren zwölf Bezirksstädten. Diese Proteste kommen in der offiziellen Geschichtsschreibung nicht vor.

**29. April 1990:** Bauern protestieren in der gesamten DDR gegen unkontrollierte Nahrungsmittelimporte. Die Industrieproduktion der DDR sinkt im Juni verglichen mit März 1990 auf 87,9 Prozent, es werden offiziell 142.000 Arbeitslose gezählt. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung vertreibt ein Gutachten des Kölner Ökonomen Hans Willgerodt, in dem es heißt: »Je umfassender die Marktwirtschaft eingeführt wird und je weniger dabei Wettbewerbsbeschränkungen zugelassen werden, desto weniger ist mit sinkender Produktion und wachsender Arbeitslosigkeit zu rechnen. (...) Die bisher künstlich zurückgestauten Aktivitäten im Handwerk und der mittleren Privatwirtschaft erleben einen explosionsartigen Aufschwung.«

**1. Juli 1990:** Die D-Mark wird alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel der DDR. Gleichzeitig nimmt die dem Bundesfinanzministerium unterstehende THA ihre Tätigkeit auf. Ihr unterstehen etwa 9.000 Betriebe. Etwa vier Millionen Arbeitsplätze werden vernichtet. Es handelt sich, so Christa Luft, um die »größte Vernichtung von Produktivvermögen in Friedenszeiten«. In der alten BRD entstehen etwa zwei Millionen neue Arbeitsplätze.

**15. August 1990:** In Berlin demonstrieren 250.000 Bauern gegen die Folgen der Währungsunion und das drohen-

de Aus für ihre Betriebe. In der Industrie kommt es nicht zu Protesten. 900.000 Arbeiter erhalten sogenanntes Kurzarbeitergeld Null, gehen also nicht arbeiten. Im Dezember steigt die offizielle Zahl der Arbeitslosen auf 642.000.

**23. September 1990:** Die DDR-Volkshammer beschließt das Vermögensgesetz, das nach dem Anschluss als fortwirkendes DDR-Recht in Kraft bleibt. Das Gesetz soll »teilungspezifisches Unrecht« wiedergutmachen. Es stützt sich auf das Prinzip »Rückgabe vor Entschädigung«. Anträge stellen aber zu 97 Prozent Erben, oft in zweiter oder dritter Linie. Nach Schätzung Daniela Dahns sind vom damit verbundenen Nervenkrieg bis zu acht Millionen DDR-Bürger betroffen. Es gibt keine Statistik darüber, wie viele von ihnen, Haus, Wohnung, Wochenendhaus oder Grundstück aufgeben müssen.

Das heutige Ergebnis von Treuhand und Vermögensgesetz ist u. a.: Ostdeutsche verfügen über etwa fünf Prozent des Produktivvermögens auf dem früheren DDR-Territorium. Von den 500 größten deutschen Industriebetrieben haben 464 oder 93 Prozent ihren Sitz im Westen. Die Bevölkerungszahl ist in Ostdeutschland seit 1990 um 2,1 Millionen Menschen auf den Stand von 1905 gesunken. Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle stellt 2019 in einer Studie fest, dass aus Ostdeutschland einschließlich Berlin von 1989 bis 2015 5,2 Millionen Menschen nach Westdeutschland abgewandert sind. Dem standen 3,3 Millionen Zuzüge von dort gegenüber.

**Konterrevolution** erscheint als Beilage der  *jungen Welt* im Verlag **8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin.**  
Redaktion: **Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.), Anzeigen: Nora Walther, Bildredaktion: Nikolas Sisic, Gestaltung: Michael Sommer.**

ANZEIGE

## Jetzt neu: Marxistische Literatur aus der VR China

Aktuelle wissenschaftliche Schriften aus der VR China, die vom Canut-Verlag erstmals auf deutsch zugänglich gemacht werden:

■ **Zhang Yibing: Spurensuche** | Von Adorno bis Žižek: Analysen der postmarxistischen Theorie | Canut-Verlag, 590 Seiten | 27 €

■ **Dong Yunhu, Chang Jian (Hg.): 60 Jahre Aufbau der Menschenrechte in China** | Canut-Verlag, 446 Seiten | 22 €

■ **Zhou Guping, Qin Yucai, Luo Weidong: Einblicke in Chinas „Ein Gürtel, eine Straße“ Initiative** | Canut-Verlag, 440 Seiten | 25 €

■ **Zhang Yibing: Zurück zu Marx** | Der philosophische Diskurs im Kontext der Ökonomie | Canut-Verlag, 620 Seiten | 45 €

Und natürlich unsere Klassiker:

- Leeren der Revolution | Kartenspiel | 15 € + Erweiterung „Dong Fang Hong“ | 5 €
- Kunzmann: T., S. & P. d. Soz. in China | 9,90 €
- Geschenkpapier „Hammer & Sichel“ (A2 Bogen) | 1 €

**R** [rotes-berlin.de/shop](http://rotes-berlin.de/shop)



**iW Dossier**

## Feindbild DDR

Geschichtspolitik und Wirklichkeit: Schlagworte gegen soziale Erinnerung

[jungewelt.de/ddr](http://jungewelt.de/ddr)



# Umbenannt und abgeschaltet

Der Rundfunk der DDR wurde restlos abgewickelt. Von André Scheer

Mit einer fast trotzigen Geste verabschiedet sich am 2. Oktober 1990 *Radio Berlin International* von seinen Hörern: Zum Abschluss der letzten Sendung spielt der DDR-Auslandsender noch einmal die Nationalhymne der Deutschen Demokratischen Republik. Der Frust bei den Journalisten sitzt tief. Monate zuvor hatte die Konkurrenz aus dem Westen, die *Deutsche Welle*, noch von einer Fusion gesprochen und davon, Frequenzen und Kompetenzen der beiden deutschen Auslandssender zu »verschränken«. Als sich jedoch abzeichnete, dass aus dem erhofften Einigungsprozess beider deutscher Staaten ein Einverleiben der DDR durch die Bundesrepublik werden würde, war auch von einer Kooperation der beiden Sender keine Rede mehr. Die Bundesregierung und mancher Verantwortliche beim Westsender in Köln hatten für die Kollegen in der Berliner Nalepastraße nichts übrig. Am 3. Oktober 1990 stehen fast alle der rund 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von *RBI* auf der Straße. Auf den Mittel- und Kurzwellenfrequenzen, über die sie bisher in 13 Sprachen gesendet hatten, sind nun die *Deutsche Welle* und der *Deutschlandfunk* zu hören. Doch die Abschaltung von *RBI* ist nur ein erster Höhepunkt bei der restlosen Abwicklung aller Rundfunksender der DDR.

## Umbenennungen

Für die Hörer im Inland hatte es bis Ende 1989 fünf zentrale Rundfunkstationen gegeben: *Radio DDR* mit zwei Programmen und Regionalsendungen, die *Stimme der DDR*, den *Berliner Rundfunk* und das *Jugendradio DT 64*. Hinzu kamen jährlich im Sommer die *Radio DDR Ferienwelle* und im Frühjahr und Herbst die *Messewelle Leipzig*.

Schon Anfang 1990 setzte jedoch ein hektisches Umbenennen ein – jeder Bezug auf die DDR sollte aus den Namen verschwinden. Die Belegschaft von *Stimme der DDR* beschloss mit großer Mehrheit, zum früheren Namen *Deutschlandsender* zurückzukehren. In Anlehnung an den von DDR-Minister-



präsident Hans Modrow vorgelegten Plan »Deutschland, einig Vaterland« wolle man »den Weg der deutsch-deutschen Einigung begleiten«, meldete die Nachrichtenagentur *ADN*. »Der Sender hatte im Herbst 1971 auf Weisung der damaligen Staats- und SED-Führung seinen traditionsreichen Namen ablegen und sich umbenennen müssen«, hieß es weiter – einen Hinweis darauf, dass diese »Tradition« bis in die Nazizeit zurückreichte, vermied man lieber. Und schon wenig später kam es zur nächsten Namensänderung: Weil *Radio DDR 2* den entstehenden Regionalsendern Platz machen sollte, wurden beide Sender zu *DS Kultur* fusioniert. Aus *Radio DDR 1* wurde *Radio aktuell*, und man begann, Reklame ausstrahlen. »Produktenwerbung gehört unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zum Gepräge eines modernen

Rundfunksenders, also leider auch zu *DDR 1 – Radio aktuell*, dem Sender ohne Tabus«, kommentierte das am 2. April 1990 das *Neue Deutschland*.

## Weichenstellung in Bonn

Laute Kritik oder gar öffentliche Proteste gab es kaum. Wortmeldungen wie die der »Hauptabteilung Funkdramatik« des DDR-Rundfunks, die sich im Februar über die Kürzung der Sendezeiten für Hörspiele und Features beklagte, blieben die Ausnahme. Die *Berliner Zeitung* warnte damals: »Schlägt Kommerz nun endgültig der Kunst die Beine weg?« Im *Neuen Deutschland* wurde noch am 19. April über die Gründung eines »Ostdeutschen Rundfunks« als einer – neben *ARD* und *ZDF* – »dritten öffentlich-rechtlichen Anstalt in einem künftigen Deutschland« diskutiert.

Doch die Weichen wurden längst in Bonn gestellt – und dort hatte man kein Interesse daran, irgend etwas aus dem Osten zu übernehmen. Mit Blick auf den Rundfunk verkündete der damalige medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bernd Neumann, am 3. August 1990 in der *Taz*, man müsse »das ganze System zerbrechen«. Im Einigungsvertrag wurde festgelegt, den bisherigen DDR-Rundfunk bis zum 31. Dezember 1991 »aufzulösen oder in Anstalten des öffentlichen Rechts einzeln oder mehrerer Länder zu überführen«.

Während man für den überregionalen *Deutschlandfunk* eine Ausnahme machte – er durfte zusammen mit dem sich jetzt *Deutschlandradio Berlin* nennenden *DS Kultur* unter einem Dach weiterarbeiten –, war für das in den Monaten zuvor immer populärer gewordene *Jugendradio DT 64* kein Platz vorgesehen. Am 7. September 1990 ließ Rundfunkintendant Christoph Singelstein den Sender auf allen Frequenzen außerhalb Berlins abschalten. Statt dessen empfingen die entsetzten Hörer *RIAS 1*, den 1946 von den USA als Westberliner Propagandasender gegründeten *Rundfunk im Amerikanischen Sektor*. Es gab einen Aufschrei. Schon als die ersten Informationen über die bevorstehende Abschaltung durchgeschickert waren, hatten sich in Dresden, Schwerin, Leipzig und anderen Orten vor allem junge Menschen zu spontanen

Kundgebungen, Straßenblockaden und Hungerstreiks versammelt. Nach 24 Stunden war der Spuk fürs erste zu Ende und *DT 64* wieder in ganz Ostdeutschland zu hören.

In den folgenden Monaten und Jahren kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen, die »Freundeskreise des Jugendradios« machten mobil: »*DT 64* wurde in den letzten Jahren immer mehr zu einem Teil der Identität der Jugend im Osten Deutschlands«, hieß es im Herbst 1991 in einem Aufruf der Initiativen. Der CDU schwante Übles. Im Sächsischen Landtag forderten die Christdemokraten, den Sender endlich abzuschalten: »Das Bestreben, *DT 64* in einer sogenannten Länderkette als jugendgemäßes Zielgruppenradio zu etablieren, kann von der CDU-Fraktion nicht unterstützt werden, weil (...) die Konservierung eines Sondergebietes (nämlich die ehemalige DDR) auf dem Boden der Bundesrepublik der Überwindung der Teilung nicht förderlich scheint.«

Doch es gelang, das *Jugendradio* als einzigen DDR-Sender über den Abschalttermin Ende 1991 hinwegzureden. Petra Henicke bejubelte das am 2. Januar 1992 in der *Jungen Welt*: »*Jugendradio* sendet über den 31.12.1991 hinaus. Dieser lapidare Satz ist Ausdruck eines großen und mutmachenden Sieges der Ostler in der bundesdeutschen Demokratie. (...) Die *DT-64-Gemeinde* hat Mut in Ost und West gemacht: für alle Kämpfe, die gegen das eingefahrene bundesrepublikanische System noch auszufechten sind.« Letztlich wurde *DT 64* allerdings vom *Mitteldeutschen Rundfunk* geschluckt, seit dem 1. Mai 1993 heißt es *MDR Sputnik*. Zu hören ist das Programm immer noch – vom rebellischen Geist der frühen 90er Jahre ist wenig übriggeblieben.

1. Juli 1990, Tag der Währungsunion in Leipzig: Junge Leute machen unbehelligt Werbung für *Bild*

André Scheer leitet das Ressort Außenpolitik der Tageszeitung *junge Welt*

ANZEIGE  
Papyrossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln



Jörg Roesler  
**GESCHICHTE DER DDR**  
Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie | 4. Auflage

Jenseits der üblich gewordenen Horrorszenarien klärt Jörg Roesler auf über die Geschichte des kleineren deutschen Staats als »Moskaus ungeliebtem Kind« und als Alternative zum kapitalistischen Deutschland, dem es geopfert wurde, als es als Vorposten im Kalten Krieg nicht mehr gefragt war.

ISBN 978-3-89438-499-9 – 130 Seiten – € 9,90



Jürgen Kuczynski  
**ASCHE FÜR PHÖNIX – ODER: VOM ZICK-ZACK DER GESCHICHTE** | Aufstieg, Untergang und Wiederkehr neuer Gesellschaftsordnungen

Warum setzten sich weder Feudalismus noch Kapitalismus im ersten Anlauf durch? War auch der Realsozialismus ein gescheitertes Vorspiel? Deckt seine Asche einen Phönix? Der Band fasst zwei Bücher des Wirtschaftshistorikers Jürgen Kuczynski zusammen.

ISBN 978-3-89438-695-5 – 214 Seiten – € 14,90

Tel.: (02 21) 44 85 45 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

ANZEIGE

**Horst Schneider:**  
Unter dem Dach der Kirche  
Prominente »Bürgerrechtler« in der DDR  
Tb., 175 S. | 6,- €  
ISBN 978-3-939828-59-4

**Erich Honecker:**  
Zu dramatischen Ereignissen  
E.H.s persönliche Einschätzungen, im Moskauer Exil geschrieben  
Tb., 190 S. | 7,50 €  
ISBN 978-3-939828-98-3



Der italienische Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler Vladimiro Giacché veröffentlichte 2013 auf italienisch das Buch »Anschluss. L'annessione. L'unificazione della Germania e il futuro dell'Europa«. Auf deutsch erschien es 2014 unter dem Titel »Anschluss: Die deutsche Vereinigung und die Zukunft Europas«. 2015 wurde eine französische Übersetzung herausgegeben. Für eine italienische Neuauflage seines Buches, die in diesen Tagen erscheint, schrieb der Autor ein »Nachwort 2019«, das wir in Auszügen dokumentieren. Die Übersetzung besorgte Arnold Schölzel.

Seit der ersten Auflage dieses Buches ist viel geschehen, und natürlich wurde auch die Literatur über die deutsche Einheit umfangreicher. Es gibt jedoch keine neuen Tatsachen, die den in diesem Buch vertretenen Thesen widersprechen, weder in bezug auf die Rekonstruktion der wirtschaftlichen Vereinigung Deutschlands und ihre Folgen noch in bezug auf die Entwicklungen in der EU in den letzten Jahren. Im Gegenteil, einige Prozesse, die in dem Buch beschrieben wurden, sind noch deutlicher geworden, und einige Zusammenhänge haben neue Bestätigungen erhalten.

Ich möchte dieses Nachwort beginnen, indem ich an das Sensationellste erinnere. Eine der »stärksten« Thesen in diesem Buch ist die, dass die Dynamik und die Art der Beziehungen, wie sie zu ihrer Zeit zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland bestanden haben, in der heutigen EU (und insbesondere in der Euro-Zone) wiederbelebt wurden. Diese These, die vor allem im letzten Kapitel des Buches diskutiert wurde, erhielt wenige Monate nach der ersten Veröffentlichung dieses Buches eine Bestätigung von maßgeblicher Stelle. Denn die Parallele zwischen Ostdeutschland im Jahr 1990 und der EU von heute, die beide »auf deutsche Hilfe angewiesen« seien, wurde von niemand anderem als Bundeskanzlerin Angela Merkel an einem höchst offiziellen Ort vorgebracht: bei der Tagung des Europäischen Rates im Dezember 2013. Der Kontext war eine harte Auseinandersetzung zwischen Angela Merkel und dem spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy. Anlass für den Streit war ein dringender Vorschlag der Bundeskanzlerin zu sogenannten Reformverträgen: Deutschland befürwortete nur dann Kredite an Länder, die in Schwierigkeiten waren, wenn diese »Strukturenreformen« durchführten. Rajoy wies darauf hin, dass er solchen Maßnahmen im Europäischen Rat nicht zustimmen könne, weil das eine Angelegenheit sei, die der Zustimmung des spanischen Parlaments bedürfe. Daher konnten die von Deutschland vorgeschlagenen Verträge nicht als verbindlich in das endgültige Kommuniqué des Rates aufgenommen werden.

### DDR als Wohlstandsstaat

An diesem Punkt verlor Angela Merkel die Beherrschung. Sie sagte wörtlich folgendes: »Ich bin in einem Staat groß geworden, der das Glück hatte, dass ihm Westdeutschland geholfen hat. Für Europa wird dies niemand machen ... Wenn sich alle so verhalten, wie es unter dem Kommunismus möglich war, dann sind wir verloren. Ohne den nötigen Zusammenhalt wird die Euro-Zone früher oder später explodieren. Solange ich Kanzlerin

bin, werde ich allen helfen, aber weiß nicht, ob ich das ein zweites Mal werde machen können ...« Dann folgen Sätze, die keine deutsche Zeitung abgedruckt hat: »Das Leben ist ungerecht. Wenn Sie zuviel gegessen und etwas zugenommen haben, während andere schlank sind, kann ich euch helfen, einen Arzt zu bezahlen. Es ist kein Diktat: Dem helfen, der sich selbst allein nicht helfen kann, ist etwas, das Verständnis von uns braucht.«

Diese Worte, die wahrscheinlich von Beamten der französischen Regierung in die Zeitung *Le Monde* lanciert worden waren, wurden in allen großen Zeitungen der EU zitiert und sorgten zu Recht für Aufsehen (ohne jemals von interessierter Seite bestritten zu werden). Tatsächlich handelt es sich um Formulierungen, die uns besser als tausend Analysen helfen, die Position Deutschlands in Europa zu verstehen und die Auffassung seiner herrschenden Klassen über das Verhältnis ihres Landes zum Rest der EU. Der interessanteste Teil der Äußerung Merkels ist ihr Urteil über die DDR und die Herangehensweise der Kanzlerin an die heutige EU. Hier seien die fraglichen Worte noch einmal wiederholt: »Ich bin in einem Staat groß geworden, der das Glück hatte, dass ihm Westdeutschland geholfen hat. Für Europa wird dies niemand machen ... Wenn sich alle so verhalten, wie es unter dem Kommunismus möglich war, dann sind wir verloren. Ohne den nötigen Zusammenhalt wird die Euro-Zone früher oder später explodieren.«

Verschiedene Dinge fallen hier ins Auge. Zum einen definiert hier ein Mitglied der CDU die DDR vielleicht zum ersten Mal nicht als »totalitäre Diktatur«, sondern als ein Land, das über seinen Möglichkeiten gelebt hat, als einen Staat mit einem Wohlstand, den er sich nicht leisten konnte. In dieser Hinsicht ist insbesondere eine Aussage aufschlussreich: »Wenn sich alle so verhalten, wie es unter dem Kommunismus möglich war, dann sind wir verloren.« Die hier stigmatisierte »Verhaltensweise« hat keineswegs mit der »Stasi« oder verletzten Freiheitsrechten zu tun, sondern vielmehr mit der Tatsache, dass eine Reihe von Rechten und sozialen Diensten genossen werden konnten, die von den wirtschaftlichen Verhältnissen des betreffenden Landes nicht gedeckt waren. Es ist interessant zu bemerken, dass ein anderer deutscher Staatsmann diese Auffassung bereits früher geäußert hatte, auch wenn das Angela Merkel nicht gefallen mag: Es war Erich Honecker, der in einer an das Zentralkomitee der SED gerichteten Stellungnahme vom 1. Dezember 1989 zur Klärung seines Standpunktes genau dies geschrieben hatte, dass »wir ... über unsere Verhältnisse gelebt haben.«

Zum anderen taucht bei ihr wieder einer der wichtigsten westdeutschen Gemeinplätze seit 1990 auf, den wir in diesem Buch wiederholt erwähnt haben. Demnach war die deutsche Einheit, beginnend mit der Währungsunion zwischen den beiden Deutschlands, ein außergewöhnlicher Akt der Großzügigkeit, den Westdeutschland erwies, ohne bequemere wirtschaftliche Lösungen zu beachten.

### Geld reicht nicht

Drittens, so die deutsche Bundeskanzlerin, gibt es auch heute noch in der Peripherie der Euro-Zone Wohlfahrtsstaaten, die nicht nachhaltig sind, lebt man also über seinen Verhältnissen: Aufgrund der unterschiedlichen Dimensionen der betreffenden Gebiete ist es jedoch unmöglich, die Rettungsaktion von 1990 zu wiederholen, weil diesmal das Geld der Bundesrepublik nicht für alle reichen würde. Und das ist sicherlich wahr. Aber gerade die Zerstörung der Produktionskapazität eines Landes macht Transfers unvermeidlich. Innerhalb eines Währungsgebiets darf man keine nichtkooperative



# Damals DDR, h

Einmal hat Angela Merkel ausgesprochen, was die in  
Länder denken: Die sind abhängig von deutscher »G

Politik betreiben, die eine solche Zerstörung verursacht (wie es die von Deutschland verfolgte Handelspolitik tut), ohne die Konsequenzen zu akzeptieren, d. h. die Transfers. Genauer gesagt: Wenn Sie Ihren Nachbarn deindustrialisieren und weiterhin Ihre Produkte verkaufen möchten, müssen Sie dessen Verbrauch finanzieren. Genau das geschah im Fall DDR.

Die Alternative wäre: eine kooperative Politik, die keine Ungleichgewichte verursacht, sondern Wachstum und Konvergenz in und zwischen den Volkswirtschaften des gemeinsamen Währungsraums stärkt. Dies war jedoch nicht die Lösung, über die Angela Merkel nachdachte, als sie fortfuhr: »Ohne den nötigen Zusammenhalt wird die Euro-Zone früher oder später explodieren.« Der »nötige Zusammenhalt« bedeutet Übernahme der Austeritätspolitik und den Import der »Agenda-2010«-Sozialpolitik in andere Länder – genau diese Politik hat die EU jahrelang am Rande der Deflation gehalten, die Schwierigkeiten der Krisenländer verschärft und dazu beigetragen, die Kluft zwischen den EU-Volkswirtschaften zu vergrößern.

Aber das Folgende in Angela Merkels Aussagen ist nicht weniger interessant als der Anfang: »Solange ich Kanzlerin bin, werde ich allen helfen, aber weiß nicht, ob ich das ein zweites Mal werde machen können ... Das Leben ist ungerecht. Wenn Sie zuviel gegessen haben und etwas zugenommen haben, während andere schlank sind, kann ich euch helfen, einen Arzt zu bezahlen. Es ist kein Diktat: Dem

helfen, der sich selbst allein nicht helfen kann, ist etwas, das Verständnis von uns braucht.«

Ins Auge springt hier nicht nur die groteske »diätetische« Metapher, die sich auch auf Länder bezieht, deren Pro-Kopf-Einkommen bedeutend niedriger ist als das deutsche, sondern was diese Metapher voraussetzt. Das erste, was diesen Sätzen zu entnehmen ist, ist offensichtlich die Position der Stärke, die Deutschland erlangt hat. Die europäische Krise

ANZEIGE

### Kommunistische Partei Deutschlands:

Der Protokollband unserer wissenschaftlich-strategischen Konferenz zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR am 5./6. Oktober mit allen Referaten und Diskussionsbeiträgen wird im Dezember 2019 erscheinen.

Umfang: ca. 250 Seiten, Ladenpreis: 14,- Euro.

Während der Subskriptionsfrist bis Ende 11/2019 Vorbestellungen zum Sonderpreis von 12,- Euro inklusive portofreier Lieferung. Bitte nutzt dieses Angebot, denn Vorbestellungen helfen uns, die Auflage zu planen.w

Vorbestellungen an *offen-siv*,

Tel/Fax: 05572-999 22 42,

Mail: [redaktion@offen-siv.com](mailto:redaktion@offen-siv.com)

ANZEIGE

## Der kleine Buchladen

im Karl-Liebknecht-Haus

Weydingerstr. 14-16  
10178 Berlin-Mitte

Tel.: 030 / 247 246 83

Fax: 030 / 247 246 84

[bestellung@kleinerbuchladen.de](mailto:bestellung@kleinerbuchladen.de)

Wir bestellen Ihnen alle lieferbaren Titel.

BUCHEMPFEHLUNG

Daniela Dahn

Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute  
Rowohlt 2019, 288 S., 14,- €

[www.kleinerbuchladen.de](http://www.kleinerbuchladen.de)





# heute EU

der Bundesrepublik Herrschenden über andere großzügigkeit«. Von Vladimiro Giacché

und ihr asymmetrischer Charakter haben Deutschland direkt begünstigt – sowohl im Hinblick auf die Stärkung seines wirtschaftlichen Gewichts als auch im Hinblick auf die Zunahme seiner politischen Macht.

Aber wir sollten zweitens nicht eine andere Form der Hegemonie vergessen, die nicht weniger wichtig ist: eine ideologische. Das auf Lohnzurückhaltung basierende deutsche Wirtschaftsmodell wäre demzufolge das zu exportierende Rezept, das Erfolg und nachhaltiges Wachstum der gesamten EU-Ökonomie garantiert.

Aus diesen Worten ergibt sich schließlich die Tendenz der in Deutschland Herrschenden, sich heute wie 1990 als Wohltäter und Erzieher in den Beziehungen zu anderen Ländern aufzuspielen – damals gegenüber der DDR, heute gegenüber den anderen Ländern der Euro-Zone. So wird der Eingriff in Griechenland, der in seinen Modalitäten verspätet und sehr fragwürdig war, in einen Akt der Güte verwandelt. Auf diese Intervention bezog sich Angela Merkel, als sie sagte: »Solange ich Kanzlerin bin, werde ich allen helfen, aber weiß nicht, ob ich das ein zweites Mal werde machen können«, was auch verstanden werden kann wie: »Nachdem ich es gegen Griechenland getan habe.« In Wahrheit wurde der Eingriff vom Europäischen Stabilitätsmechanismus vorgenommen und von allen Mitgliedsstaaten der Euro-Zone finanziert; im übrigen half das nicht, Griechenland zu retten, sondern die französischen und deutschen Banken, von denen die griechi-

schen Schulden vor der Krise finanziert worden waren und die auf diese Weise mit begrenztem Schaden aus ihrer unvorsichtigen Investition herauskamen.

## Faule Zikaden, fleißige Ameise

Entlarvend ist in den Formulierungen von Bundeskanzlerin Merkel dann der Hinweis, über dessen Geschmack ich den Leser entscheiden lasse, wer »zugenommen« habe und für wen Deutschland großzügig »einen Arzt bezahlen« solle für eine Abmagerungskur (gemeint war offensichtlich der Vorschlag für einen Reformvertrag, dem Rajoy seine sofortige Zustimmung verweigert hatte). Dies drückt eine Überzeugung aus, die tief im deutschen Establishment verwurzelt ist: Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte, die die Krise auslösten, wurden durch die »Zikaden« Südeuropas verursacht, denen Deutschland – nachdem es die Tugenden einer »Ameise« bewiesen hatte – nun beibringen will, wie man sich verhält. Das bedeutet, in einer Rezession abzunehmen.

Abgesehen von der Tatsache, dass die »Zikaden« die Erfolge der deutschen Exporte ermöglicht hatten und andererseits ihre Neigung zur Verschuldung durch die Bereitwilligkeit der Kreditvergabe von den »Ameisen« stark begünstigt worden war (lies: von den deutschen und französischen Banken), gibt es einen weiteren Aspekt, an den zu erinnern ist: Die Tugenden der »Ameise« waren von der deutschen Regierung 2009, als sich Deutschland in

einer Krise befand und der deutsche Staat (als Schulden) 69 Milliarden Euro für die Wiederbelebung seines verarbeitenden Gewerbes sowie weitere Gelder für massive Bankenrettungen ausgab, schnell verabschiedet worden. Letztere kostete innerhalb weniger Jahre die deutsche Staatskasse 260 Milliarden Euro. Anders gesagt, prozyklische Sparmanöver lassen die deutschen Regierungen andere machen.

Auf jeden Fall ist über die verdienstvollen Aussagen der Kanzlerin hinaus eines sicher: Den Zusammenhang zwischen dem Verhältnis von BRD und DDR im Kontext der deutschen Währungsunion und dem, was der folgte, und dem Verhältnis zwischen Deutschland und anderen Ländern der Euro-Zone nach der großen Rezession stellte die einflussreichste politische Exponentin Deutschlands an einem möglichst offiziellen Ort her.

Historische Ereignisse, insbesondere wenn sie radikale Veränderungen der Szenerie und irreversible Situationen hervorrufen, haben eine große Selbstbestätigungskraft: Das heißt, sie haben die einzigartige Eigenschaft, sich rückwirkend selbst zu bestätigen. Das ist die Stärke der vollendeten Tatsache. Sobald sich das Szenario geändert hat, ist es für den Interpreten leicht, zu einer teleologischen Ansicht des Prozesses zu gelangen: als ob alles bereits auf die spezielle Lösung abgezielt hätte und nur darauf, ein bestimmtes Problem zu bewältigen, als ob keine Alternative möglich gewesen wäre, als ob diese Lösung notwendig und die beste aller möglichen Optionen gewesen wäre. Dieser Fehler der Perspektive spielt bei der vorherrschenden Deutung der Währungsunion beider deutscher Staaten eine wichtige Rolle.

## Es gab Alternativen

In diesem Buch wurde die Unvermeidlichkeit dieses Schrittes in Frage gestellt und gezeigt, wie die Modalitäten seiner Durchführung (der Umtauschkurs von eins zu eins) die bereits gravierenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR enorm verschärften und die Voraussetzungen für die Zerstörung und den Ausverkauf ihres industriellen Erbeils geschaffen haben. Die eingehenden Analysen und die zusätzlichen Nachweise, die der Autor nach der Veröffentlichung dieses Buches gesammelt hat, bestätigten die Gültigkeit des kritischen Ansatzes.

Erstens war die Währungsunion nicht nur keine Notwendigkeit, sondern auch nicht die erste der zu Beginn des Jahres 1990 in Betracht gezogenen Optionen. Nicht einmal in der Regierung – abgesehen von der kleinen, im Finanzministerium tätigen Arbeitsgruppe – noch in dem der Bundesregierung am nächsten stehenden Teil der Geschäftswelt. Ein hervorragender Beweis dafür ist die von der Wirtschaftsabteilung der Deutschen Bank 1990 in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Innerdeutsche Fragen herausgegebene Broschüre »DDR-Wirtschaft. Lage – Wandel – Zukunft«. Das letzte Kapitel dieses Textes, der am 5. Januar 1990 redaktionell abgeschlossen wurde, widmet sich den »Kernpunkten einer marktwirtschaftlichen Reform« und enthält zwei Paragraphen, die sich mit der »Reform des Geldwesens« und der »Konvertibilität« der DDR-Mark befassen. Im ersten geht es um die Notwendigkeit, das Bankensystem umzustrukturieren und ein zweistufiges System zu schaffen, das aus einer unabhängigen Zentralbank und einem System von Geschäftsbanken besteht, die vom Mechanismus der staatlichen Planung abgekoppelt sind. Wichtiger ist der zweite, der der Konvertierbarkeit der DDR-Mark gewidmet ist. Im Text wird angemerkt, dass es »nun erstmals ein offizielles wirtschaftspolitisches Ziel« (von Seiten der Modrow-Regierung) gebe und dass »Schritte in diese Richtung

notwendig sind, um die Integration der ... DDR in die Weltwirtschaft zu fördern und eine klare Orientierung an Weltmarktpreisen zu erreichen.« Unabhängig von der Gültigkeit dieses Ziels wird jedoch darauf hingewiesen: »Die Konvertibilität der Mark lässt sich nicht durch politisches Dekret einführen, sondern hängt von vielen ökonomischen und institutionellen Voraussetzungen ab, die erst noch zu schaffen sind.« (...)

Ich habe mich mit diesem Text befasst, weil er zweifelsohne zeigt, dass auch einen Monat vor der Ankündigung Kohls in von der Bundesregierung nicht weit entfernten Wirtschaftskreisen die Konvertierbarkeit der DDR-Mark als Ergebnis eines langen und schrittweisen Prozesses betrachtet wurde, der nur nach der Umsetzung tiefgreifender wirtschaftlicher Reformen hätte erreicht werden können. (...)

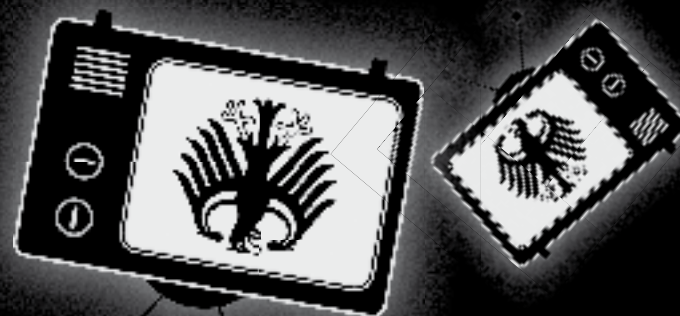
## Kuczynskis Vorhersage

Im März 1990, als der politische Wille Bonns klar war, genau diesen »großen Wurf« zu veranstalten, von dem die Deutsche Bank abgeraten hatte, stellten sich im Osten nicht nur Ökonomen aus dem Plankomitee dagegen. Auch Jürgen Kuczynski, der Nestor der Wirtschaftswissenschaftler der DDR und einer der bedeutendsten Historiker der Wirtschaft des 20. Jahrhunderts, brachte dies in einem Artikel der Zeitschrift *Weltbühne* mit dem Titel »Währungsunion – heute oder in vier Jahren?« zum Ausdruck: »Der DDR droht das Schicksal, zum Armenhaus Deutschlands zu werden. Dann werden nicht 2.000 Menschen täglich kommen, sondern 20.000. Nebenbei, die finanziellen Folgen eines solchen Abenteuers von unkontrollierbarer Zerstörungskraft wären Steuererhöhungen. Von den politischen Fernwirkungen ganz zu schweigen: Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit wären der Nährboden für rechtsradikale Lösungen. Es gibt nicht den wundersamen marktwirtschaftlichen Konsumaufschwung über Nacht bei fortgeschriebener sozialer Sicherheit und Vollbeschäftigung. Elbe und Rhein fließen nicht bergauf.«

In seinem Tagebuch hielt Kuczynski fest, dass seine Position selbst innerhalb des von ihm gegründeten und jahrzehntelang geleiteten Akademie-Instituts für Wirtschaftsgeschichte »große Empörung« auslöste und die Redaktion der Zeitschrift zahlreiche Protestschreiben gegen seinen Artikel erhalten hatte. Einige Wochen später hieß es bei ihm noch schärfer: »Jeder einigermaßen gebildete Politökonom weiß, dass man die Währungsunion vor der Währungsunion hätte durchführen müssen.« Er nannte die Eile, mit der die Verhandlungen über den Vertrag über die Währungsunion geführt wurden, »Wahnsinn«. Beim Wiederlesen heute klingen die Worte seines Artikels, kurz gesagt, prophetisch. (...)

Berlin, Hauptstadt der DDR, 30. Juni 1990: BRD-Finanzminister Theo Waigel (CSU) posiert mit einer gigantischen D-Mark-Replik. Der offizielle Einzug der Kolonisatoren findet am folgenden Tag statt

Niemand hat die Absicht, den **schwarzen Kanal** wiederzubeleben ...



Mehr auf [www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de)



Am 20. August 2008 schrieb der Fernseh- und Wissenschaftsjournalist Ekkehard Sieker einen Projektantrag an die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Titel »Aufklärung oder Delegitimierung? Eine Untersuchung zur offiziellen bundesdeutschen Aufarbeitung der DDR-Geschichte«. Die Stiftung nahm das Projekt damals nicht an. Thema, Begründung und vor allem die vom Autor angeführten Quellen haben nach mehr als zehn Jahren nichts von ihrer Aktualität verloren, im Gegenteil. Wir dokumentieren den Antrag geringfügig gekürzt.

#### 1. Die aktuelle Sachlage

**Zu Beginn: Eine »Geschichtsmesse« in Thüringen**

Mitte März 2008 trafen sich Vertreter aus Politik, Medien und Kultur zu einer »Geschichtsmesse« im thüringischen Suhl. Auf dieser historischen »Messe« traf man sich, um unter dem Titel »20 Jahre friedliche Revolution und Deutsche Einheit« inhaltliche und organisatorische Planungen entsprechender »Gedenkortvorhaben« und Veranstaltungen für das Jahr 2009 zu diskutieren und ohne – natürlich – dabei die »Potentiale der 20. Jahrestage für das Stadtmarketing« aus den Augen zu verlieren. Die Messe war eine Veranstaltung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

#### »20 Jahre friedliche Revolution und deutsche Einheit«

Inzwischen kann man auf der Webseite dieser »Bundesunmittelbare(n) Stiftung des öffentlichen Rechts« sich bereits das »Logo« zu den geplanten Feierlichkeiten herunterladen, denn eines ist für die Bundesstiftung sicher: »2009 und 2010 erfahren diese Ereignisse und Entwicklungen eine große öffentliche Aufmerksamkeit. Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur möchte diese Aufmerksamkeit mit vielfältigen Angeboten und Impulsen befördern und bereichern.« Und erwartungsgemäß wird diese Bundesstiftung die ihrer gesellschaftlichen Sichtweise des Themas entsprechenden Projekte bereitwillig und angemessen materiell und ideell versorgen: »Friedliche Revolution und deutsche Einheit« – die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur setzt in den Jahren 2008 bis 2010 den Schwerpunkt ihrer Fördertätigkeit auf (entsprechende) Projektvorhaben.«

#### Die staatlich geförderte Sichtweise auf die DDR

Die Sichtweise der Bundesstiftung, die diejenigen einnehmen müssen, die eine entsprechende Förderung wünschen, findet man in den entsprechenden Förderungs-

# Der »antitotalitäre Konsens«

Quellen und ideologische Hintergründe der DDR-Delegitimierung durch die offizielle Bundesrepublik. **Von Ekkehard Sieker**

grundsätzen: »Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ist einer umfassenden Aufarbeitung von Ursachen, Geschichte und Folgen der Diktatur in der SBZ und in der DDR sowie der deutschen Teilung verpflichtet. Sie will die Erinnerung an das geschehene Unrecht und an die Opfer wach halten sowie den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft, die Demokratie und innere Einheit Deutschlands fördern und festigen.«

#### Die staatlich erwarteten Ziele derart geförderter Projekte

Ein wichtiges Ziel solcher Projekte, die auf dieser durch die Bundesstiftung geförderten Sichtweise der Geschichte der DDR beruhen, ist es, »zu einer nachhaltigen und kritischen Auseinandersetzung mit Ursachen, Geschichte und den Folgen der deutschen Teilung, der SED-Diktatur sowie deren Verortung in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts anzuregen ...«

Die Bundesstiftung verlangt außerdem von den Geförderten, »Beiträge zur Herausbildung einer gesamtdeutschen Erinnerungskultur (zu) leisten, die die Erinnerung an die zweite Diktatur in Deutschland, die Teilung und deren Überwindung einschließt«. Darüber hinaus will man mit Hilfe der geförderten Projekte »neue, wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse zu diesen Themen schaffen und hierfür erforderliche Quellen sichern und erschließen« und diese Themen »in der wissenschaftlichen Forschung und Lehre dauerhaft verankern« sowie auch »den Wissenstransfer in die schulische und außerschulische Bildungsarbeit befördern«.

#### Die Voraussetzung: Dogmen und Ideologie statt wahrhaftiger Aufklärung

Ein »Dogma« ist nach den Vorstellungen der Aufklärung eine »fundamentale Behauptung, die ohne rationale Begründung vertreten wird« (Anton Hügli, Poul Lübcke: Philosophielexikon. Hamburg 2005, Seite 154); es ist »ein Lehrsatz, dessen Wahrheitsgehalt nur gläubig hingenommen als unanfechtbar gilt, der deshalb zur Grundlage einer Glaubenslehre oder einer Ideologie gemacht wird« (Heinrich Schmidt: Philo-

sophisches Wörterbuch. Stuttgart 1991, Seite 147). Die grundlegende und nicht weiter anzuzweifelnde Behauptung, die die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bereits implizit im Namen enthält ist auch ihr fundamentales Dogma: Die DDR war eine Diktatur der SED.

Was aber ist im Verständnis der Bundesstiftung und der Bundesregierung eine Diktatur? Die Antwort auf diese Frage gibt die Bundeszentrale für politische Bildung: Diktatur »bezeichnet eine Herrschaftsform, bei der die demokratischen Rechte abgeschafft sind und die Macht über Volk und Staat von einer Einzelperson oder einer Gruppe uneingeschränkt ausgeübt wird. In der Regel berufen sich Diktatoren bzw. diktatorische Regime auf einen äußeren oder inneren Staatsnotstand, der die Etablierung nicht legitimer Herrschaft rechtfertigen soll« (Politiklexikon unter: bpb.de/nachschlagen). Aus dem fundamentalen Dogma – die DDR war eine Diktatur der SED – und obiger Erklärung des Begriffs Diktatur ergibt sich unmittelbar, dass nach dem heute herrschenden Begriffssystem der Bundesrepublik Deutschland in der DDR die demokratischen Rechte abgeschafft waren und die Errichtung der Diktatur durch die SED der Etablierung einer nichtlegitimen Herrschaft diene.

Dies ist die Basis der Sichtweise auf die DDR, an die nicht nur jeder durch die Bundesstiftung Geförderte zu glauben hat, sondern die Stiftung will diese DDR-Sicht als Basis der gesamtdeutschen Erinnerungskultur verstanden wissen. Schließlich will man – wie bereits erwähnt – diese Ansichten »in der wissenschaftlichen Forschung und Lehre dauerhaft verankern« und über »den Wissenstransfer in die schulische und außerschulische Bildungsarbeit befördern«.

Als was sind aber nach grundsätzlichen Erkenntnissen der Aufklärung derartige rational unbegründete Sichtweisen anzusehen: Als pure Ideologie, denn diese dogmatischen Sichtweisen verstecken häufig ihren ideologischen Charakter, dadurch, dass sie »sich einen wissenschaftlichen Anstrich geben und dadurch »erwiesenermaßen« Anspruch auf Wahrheit und Allgemeingültigkeit erheben« können. (Heinrich Schmidt:

Philosophisches Wörterbuch; Stuttgart 1991, Seite 323f)

Die politisch Verantwortlichen wollen ihre Sicht der DDR zur herrschenden Ideologie in Deutschland erheben. Es ist, als wollten sie die Erkenntnisse von Karl Marx und Friedrich Engels aus deren epochalem Werk »Die deutsche Ideologie« aus den Jahren 1845/1846 bestätigen: Es versteht sich von selbst, dass die herrschende Klasse auch »als Produzenten von Gedanken herrschen, die Produktion und Distribution der Gedanken ihrer Zeit regeln; dass also ihre Gedanken die herrschenden Gedanken der Epoche sind.« (Karl Marx/Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie. In: Marx/Engels-Werke (MEW), Band 3, Seite 46)

#### Die zu verbreitende Zielvorstellung:

##### Die DDR war ein illegitimer Staat

Die herrschende Politik will in Deutschland »die Erinnerung an das geschehene Unrecht und an die Opfer wach halten sowie den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft, die Demokratie und innere Einheit Deutschlands fördern und festigen«. Dieser offiziell verlangte »antitotalitäre Grundkonsens« basiert auch in der Bundesrepublik auf den Überlegungen des liberalen italienischen Politikers Giovanni Amendola, »der den Faschismus erstmals als »sistema totalitario« bezeichnete, das »absolute und unkontrollierte Herrschaft« anstrebe. Und nach der Machteroberung Mussolinis im Januar 1925 erklärte Amendola, es gebe nunmehr zwei politische Konzeptionen, die »die mehr als hundertjährigen Grundlagen des modernen politischen Lebens umzustürzen drohen, Kommunismus und Faschismus, beide eine totalitäre Reaktion auf Liberalismus und Demokratie«. (Clemens Vollnhals: Der Totalitarismusbegriff im Wandel. <http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33606/totalitarismusbegriff-imwandel?p=all>) Ähnlich urteilte Amendolas italienischer Politikerkollege Francesco Nitti in den zwanziger Jahren: »Faschismus und Bolschewismus (...) bedeuten die Verleugnung derselben Grundsätze von Freiheit und Ordnung, der Grundsätze von 1789.« (ebenda)

ANZEIGE

## DIE KONTERREVOLUTION UND IHRE FOLGEN



Marlon Grohn  
**Kommunismus für Erwachsene**  
Linkes Bewusstsein und die Wirklichkeit des Sozialismus

272 Seiten | brosch. | 15,- €  
ISBN 978-3-360-01355-2



Matthias Krauß  
**Die große Freiheit ist es nicht geworden**  
Was sich für die Ostdeutschen seit der Wende verschlechtert hat

256 Seiten | brosch. | 14,99 €  
ISBN 978-3-360-01346-0



Egon Krenz  
**Wir und die Russen**  
Die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau im Herbst '89

304 Seiten | brosch. | 16,99 €  
ISBN 978-3-360-01888-5



Peter Brinkmann  
**Die NATO-Expansion**  
Deutsche Einheit und Ost-Erweiterung

256 Seiten | brosch. | 12,99 €  
ISBN 978-3-360-01873-1



Durch vielfältige theoretische Ausgestaltungen dieses unreflektierten und auch opportunistisch verwendeten Totalitarismusbegriffs wurden von verschiedenen antikommunistisch eingestellten Wissenschaftlern und Politikern im Laufe des 20. Jahrhunderts verschiedene Totalitarismus-»Theorien« entwickelt, die alle eine gemeinsame Zielvorstellung verfolgten: Die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus als totalitäre und gemeinsam zu bekämpfende Herrschaftsformen.

Ein zweites Dogma war so geschaffen und bildet bis heute auch in der Bundesrepublik Deutschland den ideologischen Nährboden für den sogenannten »antitotalitären Konsens«.

Aus dem ersten Dogma – die DDR war eine Diktatur der SED – folgt: Die SED übte in der DDR eine nichtlegitimierte, also illegitime, undemokratische Herrschaft aus. Durch die Anwendung des zweiten Dogmas gelingt es argumentativ, die sozialistische DDR, ihre Strukturen und Organe auf die gleiche Stufe des Verbrechens zu heben, wie das faschistische Hitler-Regime. Damit ist die DDR ebenfalls als antidemokratisches, totalitäres Regime gebrandmarkt, durch das die SED im Laufe von 40 Jahren angeblich ihre unrechtmäßige Herrschaft über das Volk der DDR ausüben konnte.

**Die zu benutzende Methode:  
Delegitimierung der DDR**

Die politische Gleichsetzung des Naziregimes mit der DDR begann auf bundesdeutscher Seite bereits kurz nach Gründung des ersten deutschen sozialistischen Staates im Jahr 1949. Der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer erklärte schon im Jahr 1950 auf dem CDU-Parteitag in Goslar: »Ich wollte, die Bewohner der Ostzonenrepublik könnten einmal offen schildern, wie es bei ihnen aussieht. Unsere Leute würden hören, dass der Druck, den der Nationalsozialismus durch Gestapo, durch Konzentrationslager, durch Verurteilungen ausgeübt hat, mäßig war gegenüber dem, was jetzt in der Ostzone geschieht.«

Diese aus einer zutiefst antikommunistischen Haltung heraus vorgenommene Gleichsetzung und die historische Verleumdung der DDR findet bis in die heutige Zeit statt. So schrieb etwa der frühere Bundesbeauftragte für die MfS-Unterlagen, Joachim Gauck, gemeinsam mit seinem damaligen Mitarbeiter Ehrhart Neubert einen die deutsche Ausgabe des »Schwarzbuches des Kommunismus« abschließenden DDR-Teil. In diesem Teil des Buches bringen die beiden Autoren zum Ausdruck, dass die DDR staatspolitisch und historisch grundsätzlich mit dem faschistischen Deutschland gleichzusetzen sei. Dabei wird in einem ideologischen Vergleich von Nationalsozialismus und Kommunismus sogar die faschistische Ideologie zivilisatorisch als Kinderbuchphantasie von Kleinbürgern verharmlost. So schreibt Ehrhart Neubert im besagten DDR-Teil des »Schwarzbuches des Kommunismus«: »Es waren Kinderbuchphantasien von Kleinbürgern, die ihren Mordrausch und ihre Menge-Exzesse in den Rang abendländischer Großtaten hoben. Das Ganze konnte unverarbeitete Ängste und abwegige Phantasien mobilisieren, war aber keine wirkliche Gefahr für die intellektuellen Köpfe Deutschlands und Europas. ... Anders der Kommunismus. Was ist sein Beitrag zur Kulturgeschichte der Menschheit, der Bestand haben wird? Hier ist nichts, gar nichts, worauf die Menschheit stolz sein kann.« (Stéphane Courtois; Schwarzbuch des Kommunismus. München 2004, Seite 834f)

In einem Vortrag auf Einladung der Robert-Bosch-Stiftung mokiert sich Joachim Gauck im Jahr 2006 über die Kritik, dass die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus zur Verharmlosung des Holocaust führen könnte, mit den Worten: »Für manchen Betrachter bedeutet schon der Vergleich der beiden Terrorssysteme, des Nationalsozialismus und des Kommunismus, eine Relativierung des ersteren.« (Jo-



PICTURE ALLIANCE/ANG

achim Gauck: Welche Erinnerungen braucht Europa? Bosch-stiftung.de) Es nimmt daher wenig Wunder, dass die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus auch im Deutschen Bundestag nicht nur zum Wesen des »antitotalitären Konsenses« gehört, sondern auch zum demokratischen Selbstverständnis im vereinten Deutschland zählt.

Wörtlich heißt es im Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages mit dem Titel »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit« im Jahre 1998: »Am Ende des 20. Jahrhunderts müssen die Deutschen mit der Erinnerung an zwei deutsche Diktaturen und ihr Opfer leben. Die Notwendigkeit von Aufarbeitung und Erinnerung an die beiden Diktaturen ist heute Teil des demokratischen Selbstverständnisses im vereinten Deutschland. Die Erinnerung an die beiden Diktaturen, die die Feindschaft gegen Demokratie und Rechtsstaat verbunden hat, schärft das Bewusstsein für den Wert von Freiheit, Recht und Demokratie. Dies, wie die notwendige Aufklärung über die Geschichte der beiden Diktaturen, ist der Kern des antitotalitären Konsenses und der demokratischen Erinnerungskultur der Deutschen.« (Deutscher Bundestag: Drucksache 13/11000 vom 10.6.1998)

Auf der Grundlage dieses als »demokratisch« bezeichneten Selbstverständnisses kann man die DDR und ihre politischen Verantwortlichen also dämonisieren, verleunden und kriminalisieren. Auf der Grundlage dieses »antitotalitären Konsenses« erscheint jedes Mittel, das die Delegitimierung der DDR zum Ziel hat, offensichtlich als akzeptabel. Jede Methode bei der »Aufarbeitung« der DDR-Geschichte, die den früheren sozialistischen Staat als unrechtmäßige, totalitäre Diktatur erscheinen lässt, soll nach Ansicht maßgeblicher deutscher Politiker selbstverständlich zur Anwendung kommen. Deshalb forderte der damalige Bundesjustizminister Klaus Kinkel am 23. September 1991 auf dem 15. Deutschen Richtertag in Köln ganz offen und hemmungslos: »Ich baue auf die deutsche Justiz. Es muß gelingen, das SED-System zu delegitimieren, das bis zum bitteren Ende seine Rechtfertigung aus antifaschistischer Gesinnung, angeblich höheren Werten und behaupteter absoluter Humanität hergeleitet hat, während es unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus einen Staat aufbaute, der in weiten Bereichen genauso

unmenschlich und schrecklich war wie das faschistische Deutschland ...« (Deutsche Richterzeitung 1/1992)

**2. Das Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung**

Allgemeines : Aufgrund der oben geschilderten Sachlage und der zu erwartenden unsachlich und ideologisierend gestalteten Feierlichkeiten zum Thema »20 Jahre friedliche Revolution und deutsche Einheit« in den kommenden Jahren 2009 und 2010 bedarf es einer gründlichen Analyse des Netzwerks zur Delegitimierung der DDR und dessen Behauptungen. Die zentralen Aussagen dieser Organisationen sollen überprüft und deren Arbeitsweisen genauer untersucht werden.

Im Falle des Vorliegens von wesentlich falschen und unwahrhaftigen Aussagen werden die betroffenen Organisationen und verantwortlichen Personen mit den Projektergebnissen vor deren Veröffentlichung konfrontiert. Ihre Antworten werden bei der Veröffentlichung berücksichtigt.

Das Ergebnis soll sachlich fundiert und für eine breite Öffentlichkeit verständlich und nachvollziehbar dargelegt werden.

Eine wahrhaftige Aufklärung und öffentliche Verbreitung der Geschichte der DDR und der Bundesrepublik Deutschland sind unabdingbar notwendig.

Das beantragte Projekt will dazu beitragen, dass in Zukunft eine ehrliche, an den Tatsachen orientierte Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte stattfinden kann. Und es könnte somit einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass ein zukünftiges vereinigtes, aufgeklärtes, demokratisches und soziales Deutschland nicht länger ein Traum bleibt.

**Untersuchungsschwerpunkte**

Analyse der Arbeitsweisen und der zentralen Behauptungen des Netzwerks zur »Aufarbeitung der SED-Diktatur« bestehend im Kern aus:

- die Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU)
- der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- dem Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig
- der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
- dem Verein »Gegen Vergessen – für Demokratie«

- Die verschiedenen Methoden zur Delegitimierung der DDR und ihre Folgen für die betroffenen Menschen und Organisationen
- durch die bundesdeutsche Wirtschaft und Wirtschaftsordnung
  - durch die bundesdeutsche Politik und ihre Strukturen
  - durch die bundesdeutsche Gesetzgebung und Justiz
  - durch die bundesdeutschen Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturorgane, durch die bundesdeutschen Medien

- Eine vergleichende Untersuchung zur
- Legitimität der DDR und ihrer Organisationen und der immer als selbstverständlich vorausgesetzten
  - Legitimität der BRD und ihrer Organisationen in wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Hinsicht

Das Erfassen von Quellen, die einer künftigen wahrhaftigen Aufarbeitung der Geschichte der DDR zugrunde gelegt werden können.

Überlegungen zum Aufbau einer alternativen Infrastruktur zur Aufklärung der Geschichte der DDR und der alten BRD.

Vorschläge zur späteren multimedialen Darstellung der Ergebnisse des Projekts. (...)

**Bad Salzungen in Thüringen, 19. Oktober 1990: Erstes feierliches Gelöbnis von Bundeswehr-Rekruten im Anschlussgebiet**

**Ekkehard Sieker ist Fernseh- und Wissenschaftsjournalist (»Monitor«, »Die Anstalt«). Am 8. Juni nahm er an der Podiumsdiskussion zu Medien und Manipulation auf der Künstlerkonferenz von Melodie & Rhythmus in Berlin teil**

**Kurt Gossweiler**  
»Wie konnte das geschehen?«  
**Dreibändige Sammlung**

**Erster Band: Beiträge zur Faschismus- und Revisionismusanalyse**  
ISBN 978-3-9818899-1-8, 330 Seiten, 16,- Euro

**Zweiter Band: Analysen zu geschichtlichen Ereignissen**  
ISBN 978-3-9818899-2-5, 310 Seiten, 16,- Euro

**Dritter Band: Briefe, Reden, Kritiken, Repliken und Nachrufe**  
ISBN 978-3-9818899-3-2, 350 Seiten, 16,- Euro

**Herausgeber: KPD, offen-siv, GRH,  
Deutscher Freidenker-Verband, Eulenspiegel-Verlag**

**Erhältlich im Kleinen Buchladen, Berlin, oder direkt  
bei offen-siv, Tel: 055 72/999 22 42,  
E-Mail: redaktion@offen-siv.com**



# Träg, feig und langsam

Knurrend gegen oben, zitternd gegen unten: Wie das deutsche Bürgertum 1848 zum ersten Mal zum Träger der Gegenrevolution wurde. **Von Karl Marx**

Geisa in Thüringen an der früheren Grenze zwischen DDR und BRD, 17. Juni 2005: Die Sieger über den Kommunismus feiern sich. Michail Gorbatschow, George Bush und Helmut Kohl erhalten den erstmals vergebenen »Point-Alpha-Preis«, dazu gibt es Adlerflug als »Symbol der Freiheit«

Die Analysen von Karl Marx zum Vormarsch der Konterrevolution Ende 1848 in Deutschland und seine Vorschläge, wie ihr begegnet werden könnte, finden sich in: **Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Band 6 (MEW)**. Dietz Verlag, Berlin 1975, ab Seite 5.

Die Revolution vom März 1848 in Deutschland geriet ab Mitte des Jahres in die Defensive. Im Herbst stellte sich die preußische Monarchie mit einem Staatsstreich an die Spitze der Gegenrevolution. Am 9. November 1848 verfügte die Regierung in Berlin die Ausweisung der preußischen Nationalversammlung in die Stadt Brandenburg an der Havel. Am 5. Dezember 1848 löste König Friedrich Wilhelm IV. das Parlament per Dekret auf. Karl Marx untersuchte in einer Artikelserie der in Köln herausgegebenen *Neuen Rheinischen Zeitung* auf exemplarische Weise die gesellschaftlichen Ursachen für den Sieg der Konterrevolution:

**K**öln, 11. November: Die Konterrevolution in Berlin. (...) Die Völker werden bekanntlich mit den Königen unendlich leichter fertig als mit den gesetzgebenden Versammlungen. Die Geschichte besitzt einen Katalog vergeb-



MARTIN SCHULTZ/DPA

Karl Held (Hrsg.)

## Das Lebenswerk des Michail Gorbatschow Von der Reform des ‚realen Sozialismus‘ zur Zerstörung der Sowjetunion

Die nach- und antikommunistische Weltöffentlichkeit hat eine hohe Meinung von Gorbatschow, oder doch wenigstens von seiner historischen Bedeutung. Dabei wird die postkommunistische Welt seiner Hinterlassenschaft gar nicht recht froh. Und erfreulich ist es ja wirklich nicht: Der reale Sozialismus dankt ab, die Verhältnisse werden barbarisch. Wie es zu diesem Ergebnis gekommen ist, erklärt das vorliegende Buch. An den guten Absichten des letzten Generalsekretärs der KPdSU lässt es genauso wenig ein gutes Haar wie an deren Wirkungen. So stiftet es ein wenig Klarheit über Gorbatschows wirkliche historische Bedeutung.

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag:  
Gegenstandpunkt Verlag, Kirchenstr. 88 81675 München  
Tel. (089) 272 1604 Fax (089) 272 1605  
Internet: [www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)

licher Empörungen des Volkes gegen die Nationalversammlungen. (...) Die preußische Krone ist in ihrem Rechte, indem sie der Versammlung als absolute Krone gegenübertritt. Aber die Versammlung ist im Unrechte, weil sie der Krone nicht gegenübertritt als absolute Versammlung. Vor allem musste sie die Minister als Hochverräter haften lassen, als Hochverräter gegen die Volkssouveränität. Sie musste jeden Beamten, der andern Befehlen als ihren Befehlen gehorcht, in die Acht erklären, für vogelfrei. (...) Die Bourgeoisie hätte so gern auf gutlichem Wege das feudale Königtum in ein bürgerliches Königtum verwandelt. Nachdem sie der feudalen Partei die ihren Bürgerstolz beleidigenden Wappen, Titel und die bürgerliche Aneignungsweise verletzenden, dem Feudaleigentume angehörigen Gefälle entrissen, hätte sie sich so gerne vermählt mit der Feudalpartei und gemeinsam mit ihr das Volk geknechtet. Aber die alte Bürokratie will nicht zur Dienerin einer Bourgeoisie herabsinken, deren despotische Schulmeisterin sie bisher war. Die feudale Partei will ihre Auszeichnungen und ihre Interessen nicht auf dem Altar des Bürgertums auflodern lassen. Und die Krone endlich, sie erblickt in den Elementen der alten feudalen Gesellschaft, deren höchster Auswuchs sie ist, ihren wahren einheimischen gesellschaftlichen Boden, während sie in der Bourgeoisie eine fremde künstliche Erde erblickt, von der sie nur getragen wird, unter der Bedingung zu verkümmern. (...)

Das Königtum ließ sich daher nicht beschwatzen von der Bourgeoisie. Es antwortete ihrer halben Revolution mit einer ganzen Konterrevolution. Es stürzte die Bourgeoisie zurück in die Arme der Revolution, des Volkes.

Köln, 7. Dezember. **Der Staatsstreich der Konterrevolution.** Die Nationalversammlung erntet jetzt die Früchte ihrer langwierigen Schwäche und Feigheit. Sie ließ die Verschwörung gegen das Volk monatelang ruhig fortarbeiten,

stark und mächtig werden und fällt ihr daher jetzt zum ersten Opfer.

Köln, 9. Dezember. **Die Bourgeoisie und die Konterrevolution.** Wie haben es nie verheimlicht. Unser Boden ist nicht der Rechtsboden, es ist der revolutionäre Boden. Die Regierung hat nun ihrerseits die Heuchelei des Rechtsbodens aufgegeben. Sie hat sich auf den revolutionären Boden gestellt, denn auch der konterrevolutionäre Boden ist revolutionär. (...) Die Regierung jagt die Vereinbarungsversammlung (die preußische Nationalversammlung wurde im Mai 1848 in Berlin zur Ausarbeitung einer Verfassung »durch Vereinbarung mit der Krone« einberufen. Damit verzichtete die Nationalversammlung auf das Prinzip der Volkssouveränität. *jw*) zum Teufel, diktiert dem Lande höchst-eigen eine sogenannte Verfassung und bewilligt sich selbst die Steuern, die ihr von den Volksvertretern versagt worden. (...)

Die Bourgeoisie musste sich ihren Anteil an der politischen Herrschaft vindizieren, schon ihrer materiellen Interessen wegen. Sie selbst war allein fähig, ihre kommerziellen und industriellen Bedürfnisse gesetzlich zur Geltung zu bringen. Sie musste einer überlebten, ebenso unwissenden als arroganten Bürokratie die Verwaltung dieser ihrer »heiligsten Interessen« aus der Hand nehmen. Sie musste Kontrolle des Staatsvermögens, dessen Schöpfer sie sich dünkte, für sich in Anspruch nehmen. Sie besaß auch den Ehrgeiz, nachdem sie der Bürokratie das Monopol der sogenannten Bildung entwendet hatte und sie an wirklicher Kenntnis der bürgerlichen Gesellschaftsbedürfnisse weit zu überragen sich bewusst war, eine ihrer gesellschaftlichen Stellung entsprechende politische Stellung erzwingen zu wollen. Sie musste, um ihren Zweck zu erreichen, ihre eigenen Interessen, Ansichten und die Handlungen der Regierung frei debattieren können. Das nannte sie das »Recht der Pressfreiheit«. Sie musste sich ungeniert assoziieren können. Das

nannte sie das »Recht der freien Assoziation«. Religionsfreiheit und dergleichen musste ebenfalls als notwendige Folge der freien Konkurrenz von ihr verlangt werden. Und die preußische Bourgeoisie war vor dem März 1848 auf dem besten Wege, alle ihre Wünsche sich verwirklichen zu sehen. (...)

Die deutsche Bourgeoisie hatte sich so träg, feig und langsam entwickelt, dass im Augenblicke, wo sie gefahrdrohend dem Feudalismus und Absolutismus gegenüberstand, sie selbst sich gefahrdrohend gegenüber das Proletariat erblickte und alle Fraktionen des Bürgertums, deren Interessen und Ideen dem Proletariat verwandt sind. Und nicht nur eine Klasse hinter sich, ganz Europa sah sie feindlich vor sich. Die preußische Bourgeoisie war nicht, wie die französische von 1789, die Klasse, welche die ganze moderne Gesellschaft den Repräsentanten der alten Gesellschaft, dem Königtum und dem Adel, gegenüber vertrat. Sie war zu einer Art von Stand herabgesunken, ebenso ausgeprägt gegen die Krone als gegen das Volk, oppositionslustig gegen beide, unentschlossen gegen jeden ihrer Gegner einzeln genommen, weil sie immer beide vor oder hinter sich sah; von vornherein zum Verrat gegen das Volk und zum Kompromiss mit dem gekrönten Vertreter der alten Gesellschaft geneigt, (...) knurrend gegen oben, zitternd gegen unten, egoistisch nach beiden Seiten und sich ihres Egoismus bewusst, revolutionär gegen die Konservativen, konservativ gegen die Revolutionäre, ihren eigenen Stichworten misstrauend, Phrasen statt Ideen, eingeschüchert vom Weltsturm, den Weltsturm exploitierend (...) ein vermaledeiter Greis, der sich dazu verdammt sah, die ersten Jugendströmungen eines robusten Volks in seinem eigenen altersschwachen Interesse zu leiten und abzuleiten – ohn' Aug! ohn' Ohr! ohn' Zahn, ohn' alles – so fand sich die preußische Bourgeoisie nach der Märzrevolution am Ruder des preußischen Staates.

Drei Wochen lang:  
**Gratis lesen!\***

\* Und hier das Kleingedruckte:  
Kostenlos! Unverbindlich!  
Endet automatisch!  
Muss nicht abbestellt werden!

Heute mit 8 Seiten extra **Wochenendbeilage »Faulheit & Arbeit«**

**Die Tageszeitung junge Welt**

GESCHRIEF 1947 SA 550-2/3 NOVEMBER 2019 NR 255 2,20 EURD (DE), 2,40 EURD (AT), 2,80 CHF (CH), JHVST ATR002 ENTGELT BEZAHLT [www.junge-welt.de](http://www.junge-welt.de)

**Bräunliche Flecken**  
Nach der Winterruhe streifen sie sich ab und hinterlassen kleine, braune Flecken auf der Haut. Das ist ein Zeichen für eine Infektion mit dem Pilz *Malassezia*. Ein Arztbesuch ist empfehlenswert.

**Geklärte Erinnerung**  
Anstreifen Sie die Woll- und Lederwaren mit einem weichen Tuch. Das entfernt die Flecken und lässt die Oberfläche wieder glänzen.

**Stummles Aha**  
Wie wir 2019 mit dem Staatsstreich in Österreich und Westeuropa fertig werden. Ein gemischtes Doopt!

**Verwüstetes Land**  
Vor 70 Jahren zerstörte die Wehrmacht das Dorf Srebrenica. Die Opfer sind noch nicht gefunden.

**Russland stärken**  
Die russische Armee hat sich in Syrien bewiesen. Die Nato sollte sich zurückziehen.

**Menschen ohne Rechte**  
Griechische Regierung verschärft Asylgesetz. Flüchtlinge werden rigoros aus dem Schutzsystem ausgeschlossen. **Von Eftymis Angeloudis**

Die griechische Asylpolitik ist seit Jahren ein Thema. Die Regierung hat das Gesetz verschärft, um die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren. Dies hat zu einer humanitären Krise geführt.

Jetzt bestellen unter [jungewelt.de/probeabo](http://jungewelt.de/probeabo)  
Abtelefon: 0 30/53 63 55-84